

Zürich

Ein Bagger sticht in See

Vor dem Naturschutzgebiet Frauenwinkel am oberen Zürichsee entsteht ein künstliches Riff.

Von Helene Arnet

Freienbach SZ - Dieser Bagger scheint auch ein Schiff zu sein. Er steht fern vom Ufer auf einem kaum sichtbaren Steinwall offenem Gewässer und lädt Steinbrocken aus einem Lastwagen ab. Der Laster schleppt auf schmale Damm abenteuerlich schwankend Steinladung um Steinladung heran. Vor dem Naturschutzgebiet Frauenwinkel im schwyzerischen Pfäffikon (Gemeinde Freienbach) wird zurzeit ein künstliches Riff als Wellenbrecher erstellt.

Der Damm ist Teil eines Grossprojektes, das die Stiftung Frauenwinkel verfolgt. Geschäftsführer Res Knobel sagt: «Wir bauen die Umfahrung Pfäffikon.» Tatsächlich geht es um eine Form von Umfahrung: Der Damm soll die Wellen und die Brandung brechen, um das dahinterliegende Ufer zu schützen. Die Einheimischen erzählen, dass das Ufer vor noch nicht allzu langer Zeit viel weiter vorn verlaufen sei. Die Sturmwellen haben wertvolles Land weggespült, nicht zuletzt, weil die Schilfgürtel zurückgegangen sind, die als Erosionsschutz dienten.

Wenn der Damm steht, wird die Stiftung Frauenwinkel in seinem Schutz wieder ein natürliches Flachufer schaffen und einen neuen Schilfgürtel anlegen. Die Ried- und Moorlandschaft Frauenwinkel ist das grösste Naturschutzgebiet am Zürichsee.



Als ob der Bagger schwimmen könnte: Damm als Wellenbrecher vor dem Naturschutzgebiet Frauenwinkel im schwyzerischen Pfäffikon. Foto: Reto Oeschger

Der Kantonsrat will keine «Bonzensteuer»

Die Jungsozialisten fordern, dass die Vermögen Superreicher stärker besteuert werden. Ihre Volksinitiative kam gestern im bürgerlichen Kantonsparlament schlecht an.

Von Janine Hosp

Zürich - Für die einen ist es ein Horrorszenario, für die anderen der Idealzustand: Würde der Kanton Zürich die Vermögenssteuer so stark erhöhen, wie es die Jungsozialisten in ihrer Volksinitiative verlangen, dann würden grosse Vermögen nur noch im Kanton Genf höher besteuert. Die Juso wollen die Progression auf Vermögensteile ab 2 Millionen Franken deutlich anheben: Zahlt heute zum Beispiel ein Alleinstandender 26109 Franken auf ein Vermögen von 10 Millionen, sind es gemäss Initiative 38899 Franken. Personen, die 500 Millionen oder mehr besitzen, müssten doppelt so viel bezahlen wie heute. So nennen die Juso ihre Volksinitiative «Gegen Steuergeschenke für Superreiche». Und in Klammern: Bonzensteuer.

Die Juso brachten die Auswirkungen ihrer Volksinitiative gestern im Kantonsrat auf einen einfachen Nenner: 2 Prozent bezahlen mehr, 98 Prozent profitieren.

Dadurch würde der Kanton zusätzlich 220 Millionen Franken einnehmen, und das Geld würde gerechter verteilt. «Die Mehrheit hier drin hat die immer ungerechtere Verteilung begünstigt», rügte Ursula Näf vom Initiativkomitee den Rat. So hätten die «Königinnen und Könige des Umverteilens» etwa die Erbschaftssteuer teilweise abgeschafft.

Grüne sind gespalten

Auf grosse Unterstützung konnten die Juso im bürgerlichen Kantonsrat nicht zählen; die Grenzen zwischen Befürwortern und Gegnern verlief am linken Rand der Grünen: Fand es Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich) noch gerechtfertigt, den Reichen ein wenig von ihrem Überfluss zu nehmen - «vielleicht das dritte Segelboot auf dem Zürichsee» -, votierte ihr Parteikollege Ralf Margreiter dagegen. Er erachtet es als falsch, willkürlich in das Steuergelüge einzugreifen. Zudem werde die Linke in nächster

Zeit genug gefordert, etwa von der geplanten Unternehmenssteuerreform III des Bundes oder den «Steuersenkungsfantasien» der Zürcher Finanzdirektorin. «Wer zur Unzeit aus allen Rohren schießt, hat im entscheidenden Moment keine Munition mehr», meinte er.

«Die umliegenden Kantone würden sich alle ob Zürichs Dummheit freuen.»

Arnold Suter (SVP, Kilchberg)

Die Bürgerlichen nannten Genf während der Debatte wiederholt als abschreckendes Beispiel. «Dabei steht schon der Kanton Zürich schlecht da, der hohe Vermögen vergleichsweise stark besteuert», kritisierte Hans Heinrich Raths

(SVP, Pfäffikon), der Präsident der Kommission Wirtschaft und Abgaben. Das reichste Prozent der Steuerpflichtigen komme für ein Viertel der Steuererträge der natürlichen Personen auf. Zögen nur einige wenige von ihnen weg, würde das den Kanton empfindlich treffen. Sein Parteikollege Arnold Suter ergänzte: «Die umliegenden Kantone würden sich alle ob Zürichs Dummheit freuen.»

Die Meinungen im Rat klafften weit auseinander: Während Thomas Marthaler (SP, Zürich) die Initiative als massvoll betrachtete, war sie für Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) die «Verankerung des Sozialismus im Steuerrecht». Unter Befürwortern wie Gegnern wurde aber die Klammerbemerkung der Juso kritisiert: «Als Bonzen, als unsympathische Zeitgenossen werden Vermögende dargestellt», ärgerte sich Regine Sauter (FDP, Zürich). Demnach sei es moralisch verwerflich, ein Vermögen zu haben.

Und Ralf Margreiter meinte, wer 13-mal das Wort Bonzensteuer im Initiativtext schreibe, wolle wohl nicht ernsthaft eine Abstimmung gewinnen, sondern sich vielmehr profilieren.

Bald entscheidet das Volk

Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP) warnte davor, die Vermögenssteuer derart zu verschärfen, wie es die Juso verlangten. Das würde den Standort schwächen. «Sie müssen nur den grünen Genfer Finanzdirektor fragen, ob es seinem Kanton in den nächsten Jahren gut gehen wird», meinte sie.

Am Ende entscheiden die Stimmberechtigten, ob die Volksinitiative der Juso umgesetzt wird oder nicht. Der Kantonsrat empfiehlt ihnen, die Initiative abzulehnen, und zwar mit 125 zu 43 Stimmen. Für eine Ja-Parole waren SP, AL und ein halbes Dutzend Grüne. Die Volksinitiative kommt voraussichtlich am 9. Juni zur Abstimmung.

Gesehen & gehört

Missbrauch hüben wie drüben

Die Worte «Kapital» oder «Superreiche» lösen bei Sozialisten reflexartig Angriffshaltung aus, besonders bei Jungsozialisten (Juso). Bei ihnen heisst dann «Kapital» «Grosskapital», und «Superreiche» sind «Bonzen». Mit diesem Vokabular standen gestern die Jusos vor dem Rathaus und verteilten Dollarnötli an Kantonsräte. Ziel: ein Ja zur «Bonzeninitiative». Speziell angriffsfähig war Juso-Präsident Fabian Molina. In der einen Hand hielt er ein Transparent, in der anderen einen Stapel Bestechungsgeld. Die meisten Kantonsräte steckten die Scheine wortlos ein. Benno Scherrer, Chef der grünliberalen Fraktion, quittierte noch mit einem freundlichen «Dankeschön», ebenso Benedikt Gschwind (SP), der als Chef der ZKB-Aufsichtskommission auf Korruption besonders sensibilisiert reagieren sollte. Bei Hans-Peter Portmannblitzte Molina hingegen ab. Dass der freisinnige Vorzeigebanker auf die Nötli verzichtete, hatte aber rein

technische Gründe. Beim Skifahren hat er sich wieder einmal die Bänder gerissen und braucht deshalb gegenwärtig beide Hände für den Gang an den Stöcken. Die Bestechungsaktion der Juso ging aber ohnehin in die Hose: Ihre «Bonzensteuer» wurde im Rat hochkant verworfen. Selbst Sozialist Ruedi Lais liess sich von den Juso-Dollars nicht blenden und drückte den Neinknopf.

✱

Aggressiv kämpft die Juso auch gegen die Hauseigentümer. Zu ihren Gunsten soll in der Abstimmung vom 3. März die Grundstückgewinnsteuer gesenkt werden. Um das zu verhindern, haben sich die Juso den Löwen vor Ursula Guts Finanzdirektion vorgenommen. In einem Video nähert sich dem Zürcher Wappentier ein dunkel gekleideter Mann mit Koffer - wahrscheinlich ein Hauseigentümer. Und zwar von hinten in eindeutiger Absicht.

Der Film trägt den Titel: «Mir lönd es nöd figgä.»

✱

Etwas missbraucht ist sich kürzlich auch die kantonsrätliche Justizkommission vorgekommen, und zwar von Alt-Nationalrat Urs Hany (CVP), der sich auf eine Stelle als Baurekursrichter bei der Kommission gemeldet hatte. Hany's Auftritt vor der Kommission war ein Ärgernis. Kaum vorbereitet sei er gewesen. Hany habe geglaubt, das Gespräch sei reine Formsache, hiess es gestern hinter den Kulissen. Kommissionspräsident Hans Läubli (Grüne) gibt dazu keinen Kommentar, bestätigt aber, die Kommission habe Hany nicht weiterempfohlen.

✱

Inzwischen hat Hany seinen Fauxpas wieder gutgemacht. In der Interfraktionellen Kommission (IFK), die für den offiziellen Wahlvorschlag zuständig ist,

hat er einen überzeugenden Auftritt inklusive Entschuldigung hingelegt. Einzig Hans Egli von der EDU, der schon am ersten Gespräch in der Justizkommission dabei gewesen war, konnte Hany nicht überzeugen. Egli bearbeitete seine vier Kollegen in der EDU-Fraktion - und siehe da, gestern erklärte EDU-Fraktionschef Heinz Kyburz, Hany passe nicht auf das Profil eines Baurekursrichters. Weshalb ein Verwaltungsrat diverser Baufirmen und -verbände fachlich ungeeignet sein soll, wollte Kyburz partout nicht sagen. Schliesslich wurde Hany gewählt. Er machte aber nur 85 Stimmen. 24 wählten Josef Wiederkehr (CVP), der sich nicht einmal beworben hatte, 42 legten leer ein. Der «Denkzettel» kam vor allem aus der SVP, wie Fraktionschef Jürg Trachsel bestätigte. Dort ist Hany so etwas wie ein Staatsfeind: Er hatte sich 2007 als Nichtwähler von Bundesrat Christoph Blocher bekannt. Daniel Schneebeli

Gestern im Kantonsrat

Vorbezüge aus der Pensionskasse.

Die Versicherten der Beamtenversicherungskasse (BVK) sollen sich nach wie vor die Hälfte ihres Guthabens auszahlen lassen können, wenn sie sich pensionieren lassen. Der Rat lehnte ein Postulat von Peter Ritschard (EVP, Zürich) ab, die Statuten der BVK zu verschärfen und weniger Geld auszuzahlen. (jho)

Eigenmietwert in Anflugschneisen.

Besitzer von Häusern in den Anflugschneisen sollen keinen höheren Eigenmietwert deklarieren müssen, wenn ihr Haus mit schalldichten Fenstern ausgestattet wird. «Dabei handelt es sich um keine Wertvermehrung, sondern um eine Schadensminderung», begründete Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt). Der Rat hat das Postulat überwiesen. (jho)

Urs Hany neu im Baurekursgericht.

Mit 85 von 168 Stimmen hat der Kantonsrat gestern Urs Hany (CVP) ins Zürcher Baurekursgericht gewählt. Der abgewählte CVP-Nationalrat wird dafür ungefähr ein 20-Prozent-Pensum aufwenden müssen. Die CVP hat Anrecht auf den Sitz. Hany tritt die Nachfolge seines Parteikollegen Kurt Gutknecht an. (lpp)